

so!

Fokus

Ungleichheit und Krise



Ihre Unterstützung macht den Unterschied! solidar.ch

Folgen Sie uns auf Social Media



Titelbild

Mercia Gumissai fährt mit ihrem Motorrad auf Baustellen, um dort Elektroinstallationen anzubringen. Sie ist Teil einer Start-up-Gruppe von jungen Erwachsenen, die sich dank der Unterstützung von Solidar Suisse selbständig machen konnten. Foto: Maurice Haas



Liebe Leserinnen und Leser

Gefällt Ihnen unser neuer Auftritt? Ich zumindest bin begeistert von unserer neuen, kraftvollen und frischen Bildsprache.

Unsere aktuelle Kampagne macht auf extreme Ungleichheit aufmerksam. Solidar Suisse beleuchtet beispielsweise den Kontrast zwischen Konsumenten an der Bahnhofstrasse und Schneiderinnen in Bangladesch bzw. dem Kaufpreis einer Luxus-Lederhandtasche (3000 Franken) und den Lohnkosten für ihre Herstellung (20 Franken). Eine Näharbeiterin in Bangladesch verdient etwa 110 Franken pro Monat. Solidar deckt seit je solche himmelschreienden Ungerechtigkeiten auf, die Eltern dazu bringen, ihre Kinder auf Feldern, in Fabriken und auf der Strasse schuft zu lassen.

Die sogenannte «Permakrise» mit Klimaextremen, Rohstoffausbeutung, Aushöhlung der Demokratie, Kriegen und Konflikten verschärft die Ungleichheit zusätzlich.

Somit braucht es Solidar Suisse leider mehr denn je. Wir freuen uns, die nächsten Monate unseren Appell gegen soziale Ungleichheit auf die Strassen und ins Web zu tragen. Helfen Sie mit und kämpfen Sie mit uns für eine Welt, in der alle die gleichen Chancen haben!

Felix Gnehm
Geschäftsleiter Solidar Suisse

Inhalt



Fokus

Ungleichheit und Krise

Ungleichheit ist nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich: Sie spaltet die Gesellschaft und führt zu Krisen. Obwohl Gegenmittel bekannt sind – zum Beispiel Basisdienstleistungen für alle, Chancengleichheit und Steuern – steigt sie weiter. Hier erfahren Sie, wie Solidar Suisse gegen Ungleichheit kämpft.

Seite 6

In Kürze	4
Fokus	6
Interview	14
Aktuell	15
Behind Solidar	16
Kolumne	17
Rückblick	18
Letzte Seite	19

Neues Design

Wir setzen ein Ausrufezeichen

Solidar Suisse erstrahlt in neuem Glanz, und unser Magazin hat einen neuen Namen: Soli. Mit einem modernen und dynamischen Design wollen wir die Sichtbarkeit unseres Engagements für soziale Gerechtigkeit erhöhen. Damit setzen wir ein Ausrufezeichen gegen die extreme Ungleichheit weltweit.

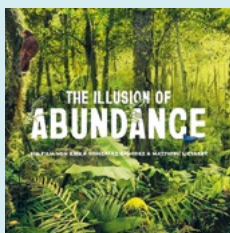
Solidar Suisse wird weiterhin mit unermüdlichem Einsatz gegen Ungerechtigkeit und Armut vorgehen und sich für eine Welt einsetzen, in der alle Menschen gleiche Chancen haben.

www.solidar.ch

Kostenloses Streaming

Mehr erfahren über Konzernverantwortung

Die Koalition für Konzernverantwortung bietet drei eindrückliche Dokumentarfilme zum kostenlosen Streaming: Der Film «Deep Rising» über den umstrittenen und hochgefährlichen Tiefsee-Bergbau, in den auch Schweizer Konzerne verwickelt sind, «The Illusion of Abundance», der mutige Menschenrechtsverteidigerinnen in verschiedenen Ländern porträtiert, und «Der Konzern-Report» zu den Missständen um die Glencore-Kohlemine Cerrejón in Kolumbien sowie um ein Holcim-Zementwerk in Nigeria. So einfach funktioniert es: Formular ausfüllen, den per Mail erhaltenen individuellen Film-Link anklicken, Film auswählen und innerhalb von 48 Stunden schauen (Befristung wegen der Filmrechte).



Die Filme finden Sie unter:
www.konzernverantwortung.ch/filme



Bolivien

Der Regenwald brennt

Die Nase brennt, die Augen tränen und es gibt keinen Ort, wohin die Menschen davor flüchten könnten. Das war diesen Sommer während mehreren Monaten im Tiefland von Bolivien die Realität – der Rauch trübte sogar im 600 Kilometer entfernten Santa Cruz den Himmel. Wir erlebten es während unseres mehrtägigen Projektbesuchs in Guarayos: Der Amazonas stand in Flammen, die Sonne sahen wir höchstens mal als matte, bronzene Scheibe am Himmel hängen. Dafür endlose Viehweiden und Sojafelder – bis vor nicht allzu langer Zeit noch Regenwald. In den letzten zehn Jahren gingen mehr als sechs Millionen Hektar Wald verloren: Illegaler Holzschlag und das Vordringen der industriellen Landwirtschaft sind die Hauptgründe für die immense Umweltzerstörung. Die Brände bedrohen auch die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung, die in Solidar-Projekten die Ressourcen des Regenwaldes nutzt, ohne sie zu zerstören. Sie brauchen unsere Unterstützung mehr denn je.

Kambodscha

Sithar Chhim ist frei

Sithar Chhim, Führerin der Gewerkschaft des kambodschanischen Casino-Komplexes NagaWorld (LRSU), wurde am 16. September freigelassen. Sie war Ende 2022 bei der Rückkehr von einem Gewerkschaftskongress festgenommen worden und sass seither im Gefängnis. Hintergrund ihrer Festnahme ist der Widerstand gegen ungerechtfertigte Massenentlassungen bei NagaWorld. Zahlreiche kambodschanische und internationale Gewerkschaftsorganisationen und NGOs, darunter auch Solidar Suisse, hatten immer wieder ihre Freilassung gefordert. Trotz der Repression ist Sithar entschlossen, den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen bei NagaWorld fortzusetzen.



Ausbeutung von Teepflückerinnen

Jetzt Petition unterschreiben

Viele kennen und trinken Ceylon-Tee, doch wenige wissen, dass Teepflückerinnen und ihre Familien in Sri Lanka in alten Baracken auf engem Raum und ohne Sanitäreinrichtungen auf den Plantagen leben. Dort arbeiten sie für einen tiefen Lohn und ohne Sozialversicherungen unter prekärsten Bedingungen. Zusammen mit ihrer Gewerkschaft Ceylon Workers Red Flag Union haben sie im letzten Juni ein Arbeiter*innentribunal organisiert, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Die Empfehlungen der Richter*innen zuhanden der Regierung unterstützt der SOLIFONDS aktuell mit einer Petition. Damit soll Druck auf die sri-lankische Regierung gemacht werden.

Unterschreiben auch Sie! www.teaworkers.ch

Kommentar

Solidarität als moralische Pflicht

In Burkina Faso sterben im Sahel-Konflikt Zehntausende Kinder an Krankheiten, Mangelernährung, Hitze und Wassermangel. Jedes zehnte Kind erreicht das fünfte Lebensjahr nicht. Als Gesellschaft, als traditionell humanitäre Schweiz, als eines der reichsten Länder der Welt hätten wir die Mittel, vielen von diesen Kindern das Leben zu retten. (...)

Stattdessen diskutieren wir darüber, ob die Entwicklungsprojekte der Schweiz nachhaltig genug sind, ob sie einen relevanten Nutzen haben – obwohl von der Wissenschaft belegt, wie Dina Pomeranz in ihrem Gastkommentar schrieb (NZZ, 27. 3. 24). (...)

In der parlamentarischen Diskussion werden verschiedene gesellschaftliche Bereiche gegeneinander ausgespielt mit der Absicht, das Engagement der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit radikal zu kürzen. (...)

Wenn die Schweiz von der Solidarität abbrückt, verlieren sehr viele Menschen ihre Lebensgrundlage – und wir unsere Moral. Langfristig aufgebaute Projekte und Programme würden wie Kartenhäuser in sich zusammenfallen. Zudem schaden wir mit einer radikal gestutzten internationalen Zusammenarbeit auch unserem Land. (...) Die Schweiz würde ihre Sicherheit, ihre Aussenpolitik und -wirtschaft und somit ihren Wohlstand schwächen.

NZZ, 19.8.2024, Gastkommentar von Felix Gnehm

10%

Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung sind für mehr als die Hälfte der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich.



Eine Frau in Cacau Pirêra, Brasilien, hängt ihre Kleider auf. Obwohl sie auf dem Fluss schwimmen, halten Häuser wie ihres heftigen Regenfällen oft nicht stand und gehen unter.

Fokus

Ungleichheit und Krise

Ungleichheit führt zu Krisen, welche die Ungleichheit weiter verstärken: Das zeigt sich global bei den Auswirkungen des Klimawandels, bei sozialen Missständen oder der häufig vergessenen permanenten Krise der Gewalt gegen Frauen. All dies ist miteinander verbunden: So kann die Klimakrise nicht gelöst werden, ohne soziale Gerechtigkeit mitzudenken, und umgekehrt. Ungleichheit spaltet die Gesellschaft, verstärkt bestehende soziale Probleme und bedroht die Demokratie. Deshalb kämpft Solidar weltweit gegen Ungleichheit.

Erfahren Sie hier, wie Solidar sich gegen Ungleichheit engagiert.

- 8** **Zwei existenzielle Megakrisen**
- 10** **Klimawandel: Kampf ums Überleben**
- 11** **Sicherheitskrise verstärkt Ungleichheit**
- 12** **Vom Mut, in Honduras eine Frau zu sein**
- 13** **Hoffnung säen trotz Umweltverschmutzung**



Zwei existenzielle Megakrisen

Klimawandel und soziale Ungleichheit bedrohen das menschliche Leben auf dem Planeten. Wir müssen endlich handeln.

Text: Joachim Merz, Programmverantwortlicher

Haben Sie auch den Eindruck, dass Krisen global zunehmen? Damit stehen Sie nicht allein. Expert*innen sprechen von multiplen Krisen: ökologisch, sozial, wirtschaftlich, politisch. Die beiden Megakrisen, die der Gegenwart ihren Stempel aufdrücken, sind die Klimakrise und die soziale Ungleichheit. Und dabei geht es keineswegs nur um das Hier und Jetzt. Von der Lösung dieser beiden existenziellen Krisen hängt das physische Überleben der Menschheit ab und die Antwort auf die Frage, ob wir fähig sind, in Frieden zusammenzuleben.

Wir können uns die Reichsten nicht mehr leisten

Soziale Ungleichheit und Klimakrise sind direkt miteinander verbunden. Die bestverdienenden 10 Prozent der Erdenbürger*innen (zu denen rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung zählt) verursachen über 50 Prozent der globalen CO₂-Emissionen, die untere Hälfte hingegen nicht einmal 10 Prozent. Und das reichste Prozent der Weltbevölkerung ist für gleich viel Emissionen verantwortlich wie die fünf Mil-

liarden Menschen, welche die ärmsten zwei Drittel der Menschheit ausmachen. Es ist eine Krise des Kapitalozäns, das heisst der Gewinner*innen des globalen Kapitalismus: Wir können uns die Reichsten weder sozial noch ökologisch leisten. Ihr Lebensstil ruiniert unseren Planeten ökologisch, ökonomisch und sozial und facht überall Konflikte an. Der Kapitalismus ist am Limit, eine Krisenbewältigung innerhalb des kapitalistischen Systems mit seinem Wachstumsimperativ erweist sich zunehmend als unrealistisch. Doch die Erdöl-, Erdgas- und Kohlelobby dominiert weiterhin die Politik, verleugnet, beschönigt, beschwichtigt und verzögert den notwendigen Wandel in Produktion und Konsum.

Klimakrise trifft die Ärmsten am härtesten

Tatsache ist auch, dass die Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, am meisten unter ihren Folgen leiden. Die Länder des Globalen Südens stossen am wenigsten CO₂ aus, sind aber überproportional betroffen

von zunehmenden Hitzewellen und Dürren, zerstörerischen Stürmen, grossflächigen Überschwemmungen, Ernteausfällen und der Ausbreitung von Krankheiten. So geht die Weltbank davon aus, dass Moçambique – eines der ärmsten Länder weltweit – in den nächsten Jahren aufgrund von Klimakatastrophen ein Drittel seines Bruttoinlandproduktes verlieren könnte.

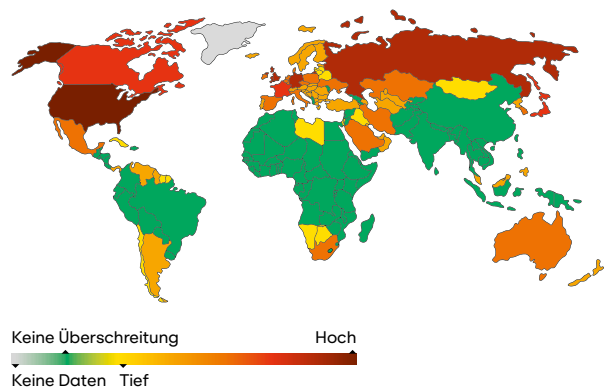
Ausserdem verschärft die Klimakrise die globale Ungleichheit weiter. Die Ungleichheit zwischen Ländern ist um 25 Prozent höher, als es ohne die Auswirkungen des Klimawandels der Fall wäre, besagt eine Studie. Eine andere Untersuchung zeigt, wie die globale Erwärmung die Armut befeuert: Mit jedem zusätzlichen Grad Temperaturanstieg wird die Armut um neun Prozent zunehmen. Global sind etwa 4,5 Milliarden Menschen, also mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, durch extreme Wetterereignisse gefährdet. Die Hälfte davon lebt in absoluter oder relativer Armut, was sie für die Auswirkungen extremer Wetterereignisse besonders anfällig macht. Investitionen in Prävention und Anpassung an den Klimawandel sowie das Abfedern seiner Folgekosten sind dringend notwendig – aber in vielen Ländern sind die öffentlichen Kassen leer, während der private Reichtum einiger weniger boomt.

Guter Service public und Reichensteuern

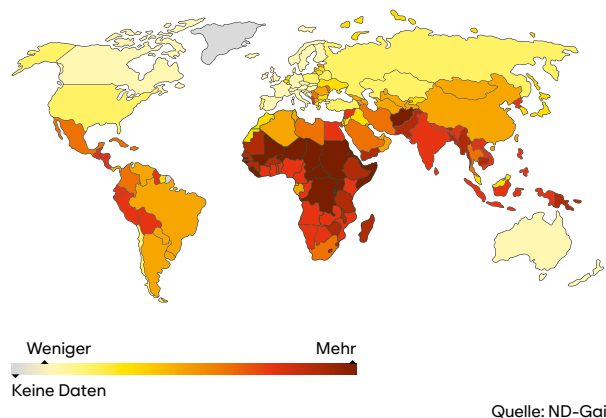
Die Klima- und Ungleichheitskrise führt zu immer schärferen Verteilungskonflikten. Diese höhlen die Demokratie aus, Menschen- und Bürgerrechte erodieren. Autoritäre Regierungsformen sind auf dem Vormarsch, sie propagieren «einfache» Lösungen, spielen gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aus, reduzieren Solidarität auf den Schutz der einheimischen Bevölkerung, grenzen Migrant*innen und nichtkonforme Gruppen aus und dienen den Interessen der Wohlhabenden.

Wie können wir Gegensteuer geben? Die Lösungsansätze sind bekannt, aber es fehlen ihnen (noch) die politischen Mehrheiten. Es braucht einen guten Service public für alle, das heisst Gesundheits- und Bildungssysteme inklusive Zugang zu Trinkwasser. Noch immer haben vier Milliarden Menschen weltweit (vor allem in Sub-Sahara-Afrika) kein sauberes Wasser. Des Weiteren braucht es eine höhere steuerliche Belastung der Superreichen. Mit den zusätzlichen Staatseinnahmen (Schätzungen gehen von jährlich bis zu 250 Milliarden Dollar aus) könnten dringend notwendige Mittel für die globale Hunger- und Armutsbekämpfung und für Umverteilung generiert werden. Grundlegende Arbeitsrechte – zum Beispiel ein Lohn, der zum Leben reicht, und ein gesundes Arbeitsumfeld – sind ein drittes Mittel, das allen Menschen zugutekommen sollte, die sich ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen und nicht auf Vermögen in Form von Grundbesitz, Aktien oder gut gefüllten Bankkonten zurückgreifen können. Und last but not least muss die Geschlechterungerechtigkeit bekämpft werden. Frauen leiden mehr als Männer unter Armut, Diskriminierung, Gewalt, den Folgen von Naturkatastrophen. Und Frauen sind global nach wie vor unterrepräsentiert in Parlamenten und Regierungen. In die Bildung und den beruflichen Erfolg von Mädchen und Frauen zu investieren, ist eine Investition in eine gerechtere Zukunft für alle.

Überschreitung der Emissionsgrenze



Multidimensionale Klimaanfälligkeit



Solidar gegen Ungleichheit

Solidar Suisse kämpft weltweit gegen Ungleichheit. In Pakistan und Bangladesch unterstützen wir die am meisten vom Klimawandel Betroffenen (siehe Seite 10). In Bolivien und Moçambique fördern wir eine partizipative Planung in Gemeinden, welche die Anliegen der Bürger*innen berücksichtigt, um den Service public zu verbessern. Dies zeigt sich in Gesundheitsprävention, besser ausgestatteten Schulen oder Trinkwasserbrunnen in ländlichen Regionen. In Asien arbeiten wir mit Gewerkschaften zusammen, um die Rechte von Textilarbeiter*innen, von Migrant*innen in der Landwirtschaft oder in der Palmölproduktion (siehe Seite 15) und im Nickel- und Kohleabbau zu verbessern. Hier unterstützen wir auch Netzwerke von informell und prekär Beschäftigten in verschiedenen Ländern (siehe Seite 16). Mehrere Solidar-Projekte setzen sich gegen Gewalt an Frauen ein und fördern Gleichberechtigung, etwa in El Salvador, Guatemala, Honduras (siehe Seite 12) und Bolivien.

In der Schweiz setzt sich Solidar mit Kampagnen zum Beispiel gegen die Rabattschlachten am Black Friday ein, der auf Kosten der Arbeiter*innen im Globalen Süden geht. Hungerlöhne in der Elektronik- oder Textilindustrie sind die Schattenseiten unserer schönen Glitzerwelt (siehe Seite 20).

Weder die Menschen im Globalen Süden noch der Planet Erde kann sich unsere Konsumgewohnheiten leisten. Es ist höchste Zeit umzudenken. ●



Nach heftigen Regenfällen waten Frauen in Bangladesch zu ihren überschwemmten Häusern, die nicht mehr bewohnbar sind.

Klimawandel: Kampf ums Überleben

Pakistan und Bangladesch sind stark vom Klimawandel betroffen, obwohl sie kaum dazu beigetragen haben. Das verstärkt die Ungleichheit.

Text: Reza Ghulam, Projektmanager in Pakistan, und Muhammad Amanullah, Landeskoordinator für Bangladesch

Das Leben von Arti Bai in einem kleinen Dorf in der Region Sanghar im Süden von Pakistan ist ein ständiger Kampf gegen die Armut und die harte Realität des Klimawandels. Sie verdient den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie, indem sie eine halbe Hektare gepachtetes Land bestellt. Doch Naturkatastrophen bedrohen immer wieder ihre Lebensgrundlage. So zerstörten im Jahr 2022 heftige Regenfälle Sanghar; Arti Bais kleines Stück Land wurde überflutet, ihre Ernte vernichtet. Die Fluten liessen die 43-Jährige, wie viele andere in ihrer Gemeinde, ohne Nahrung, Unterkunft und jegliche Mittel zum Überleben zurück.

Nothilfe und eine neue Initiative

Die unmittelbare Zeit danach überlebte ihre Familie dank Nahrungsmitteln

und Gebrauchsartikeln, die Solidar Suisse verteilte: «Die Nahrungsmittelhilfe war ein Segen, als wir nichts hatten», erinnert sie sich. Und sie liess sich nicht unterkriegen: Als die Fluten sich zurückgezogen hatten, beschloss Arti Bai, Baumwolle anzubauen, für welche die Region Sanghar bekannt ist. Dafür nahm sie bei ihrem Verpächter einen Kredit auf. Doch dann überzog eine Hitzewelle Sanghar: «Ich hatte mit der Baumwollernte gerechnet, um das Darlehen zurückzuzahlen», sagt Arti Bai, «aber die Hitzewelle hat alles zerstört.» Statt ihre Schulden zurückzahlen zu können, wusste sie nicht, wie sie die nächsten Monate überleben sollte. Sie konnte nicht einmal Weizen für sich und ihre Familie anbauen, da ihr auch das Geld für Saatgut und Dünger fehlte.

Bedrohte Lebensgrundlagen

Eine ähnliche Geschichten wie Arti Bai erzählt Elora Begum aus Cox's Bazar in Bangladesch: «Ende Mai hat Zyklon Ramel unseren einzigen Brunnen überschwemmt. Wir hatten kein sauberes Wasser mehr, Erwachsene wie Kinder sind deswegen an Durchfall erkrankt. Der Zyklon hat meine Unterkunft beschädigt. Und die Fischer konnten nicht zum Fischen aufs Meer hinausfahren, sodass wir keine Einkünfte mehr haben.»

Auch in Bangladesch leiden die Ärmsten am meisten unter dem Klimawandel. Viele leben von der Landwirtschaft, die am stärksten vom Klimawandel betroffen ist: Hohe Temperaturen, Bodenversalzung und Überschwemmungen könnten bis 2050 zum Verlust eines Drittels der Produktion führen. Das Land mit seinen tief liegenden Gebieten und Flusslandschaften nimmt Platz sieben auf dem Global Climate Risk Index ein. Bis 2050 wird der Klimawandel in Bangladesch gemäss Schätzungen 13,3 Millionen Menschen vertreiben; in bedrohten Küstengebieten ziehen bereits heute etwa 2000 Menschen pro Tag in Richtung Stadt. Hier kommt es zu Protesten und Demonstrationen, wenn die Regierung Klimageflüchtete aus den Slums vertreiben will.

Klimawandel verstärkt die Ungleichheit

Im pakistanischen Sanghar tragen insbesondere ethnische Minderheiten die Hauptlast des Klimawandels. Während wohlhabendere Bäuer*innen in Bewässerungssysteme oder klimaresistente Nutzpflanzen investieren können, haben Kleinbäuer*innen wie Arti Bai diese Möglichkeit nicht. Und sie haben oft keine Ressourcen, um sich von Katastrophen zu erholen. Für sie bedeutet der Verlust der Ernte Hunger, wachsende Verschuldung und den Zusammenbruch ihrer Lebensweise. Arti Bai drückt es so aus: «Wenn die Hitze oder die Fluten kommen, verlieren wir alles. Die Grundbesitzer können warten, aber wir nicht.»

Arti Bais Unfähigkeit, ihr Darlehen zurückzuzahlen, ist nur ein Beispiel, wie der Klimawandel den Kreislauf der Ungleichheit vertieft. Die Nothilfe, die

Solidar Suisse nach den Überschwemmungen 2022 leistete, ist überlebenswichtig, aber nicht genug. Deshalb unterstützen wir die Bäuer*innen nun beim nachhaltigen Wiederaufbau ihrer Existenzgrundlagen.

Stille Geldgebende

Auch in Bangladesch brauchen die Menschen Unterstützung, um sich an das veränderte Klima anzupassen. Solidar Suisse arbeitet in Cox's Bazar und Chattogram mit den am stärksten Betroffenen zusammen, damit sie ihre Ernährung sicherstellen und sich für zukünftige Katastrophen wappnen können. Ausserdem haben wir zusammen mit anderen Schweizer NGOs und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit ein Konsortium gebildet, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen. Denn obwohl Bangladesch nur minimal zu CO₂-Emissionen beiträgt, hat das Land durch Wirbelstürme und Überschwemmungen finanzielle Verluste von etwa 3,2 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu tragen. So sind die Menschen im Globalen Süden, die unter der Armutsgrenze leben, die «stillen Geldgeber*innen» für Klimaschäden und Anpassungsmassnahmen, eine Tatsache, die international kaum anerkannt wird. ●

Ihre Spende wirkt!

50
Franken

Damit kann eine von Überschwemmungen betroffene Familie die nötigsten Grundbedürfnisse abdecken.

75
Franken

Damit kann ein Gemeinschaftsgarten zum Anbau von Gemüse angelegt werden.

100
Franken

Damit kann sich eine Familie einen Monat lang mit Essen versorgen.

solidar.ch/mithelfen



Sicherheitskrise verstärkt Ungleichheit

Wo intern Vertriebene Zuflucht suchen, ist in Burkina Faso der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen knapp, weil plötzlich viel mehr Menschen versorgt werden müssen.

Text: Saydou Savadogo, Projektleiter in Burkina Faso

Im März 2023 wurde die Zahl der intern Vertriebenen in Burkina Faso auf 2,3 Millionen geschätzt, mehr als die Hälfte davon Kinder. Auch die 24-jährige Aminata Ouedraogo (Name geändert) musste 2017 nach einem Anschlag ihr Dorf verlassen und lebt seither in einer Stadt in der Region Centre-Nord.



Aminata Ouedraogo mit Seifen und Perlenobjekten, die sie selbst produziert.

Fehlende Schulen und Gesundheitsversorgung

Die Aufnahmegemeinden sind von der grossen Zahl von Vertriebenen überfordert: Es fehlt an Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Dazu kommt, dass aufgrund der schwierigen Sicherheitslage laut OCHA, dem Amt für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der Uno, mehr als 5 700 Schulen und fast 350 Gesundheitseinrichtungen geschlossen wurden. Über 800 000 Kinder können nicht mehr zur Schule, und über 3,3 Millionen Menschen haben keine medizinische Versorgung mehr. Schlechte Ernten aufgrund des Klimawandels und überhöhte Preise wegen der gesteigerten Nachfrage vergrössern die Not weiter. Zwar ist die Solidarität gross, die meisten Vertriebenen finden in Gastfamilien Aufnahme. Die knappen Ressourcen führen jedoch zu zunehmender Ungleichheit und Spannungen.

Der Staat versucht, die Situation mit temporären Schulen und subventionierten Lebensmittelläden zu verbessern. Solidar Suisse schafft Berufsbildungsmöglichkeiten für Jugendliche und stärkt lokale Organisationen, damit alle das Notwendigste haben – von Trinkwasser bis zu medizinischer Versorgung – und die Krise die Ungleichheit nicht weiter verschärft.

Neue Perspektiven

Mit der Unterstützung von Solidar machte Aminata Ouedraogo, die zunächst von humanitärer Hilfe abhängig war, eine Berufsausbildung und erhielt die nötigen Utensilien, um Seife und Perlenobjekte zu produzieren. Sie wurde als Ausbilderin im Berufsbildungszentrum angestellt und gibt ihr Know-how nun an andere junge Frauen weiter. «Als ich meinen ersten Lohn als Ausbilderin erhielt, vergoss ich Freudentränen», erzählt Aminata Ouedraogo. «Es war das erste Mal, dass ich eine solche Summe Geld in den Händen hielt, die noch dazu mir gehörte. Mit diesem zusätzlichen Einkommen neben der Seifenproduktion kann ich zu den Haushaltsausgaben beitragen und mein Kind versorgen, wenn es krank wird.» ●

Vom Mut, in Honduras eine Frau zu sein

Gewalt gegen Frauen ist eine Folge von Ungleichheit und verstärkt diese weiter. Das Foro de Mujeres in Honduras setzt sich gegen diese andauernde und häufig vergessene Krise ein.

Text: Paula Hromkovicova, Institutionelles Fundraising

Ich treffe Alexandra Kelly vom Foro de Mujeres por la Vida (Frauenforum für das Leben) am Hauptsitz in San Pedro Sula, im Norden von Honduras. Wir verlassen das Gewusel von Beratung Suchenden, Frauenforum-Mitarbeiterinnen und Freiwilligen der Mitgliedsorganisationen, um uns im Büro der Anwältin zu unterhalten. Sie engagiert sich seit acht Jahren im Foro de Mujeres. «Dieses Jahr sind in Honduras bis Ende August bereits 155 Frauen ermordet worden», erzählt sie. Vielleicht sind es auch mehr, denn die Zahl stammt aus ihrer eigenen Beobachtung von Medienberichten; offiziell werden Femizide nicht erfasst. «Egal, welche Regierung an der Macht ist, Frauen werden ermordet und erleben sexuelle und physische Gewalt. Diese findet überall statt: zu Hause, auf der Strasse, bei der Arbeit. Denn es werden nicht die nötigen politischen Massnahmen dagegen ergriffen.» Ein grosses Problem ist die Straflosigkeit: In 95 Prozent der Femizide kommt es zu keiner Verurteilung des Täters. «Damit sendet der Staat die Botschaft aus, dass es keine Konsequenzen hat, wenn ein Mann eine Frau vergewaltigt oder tötet. Das ist fatal.» Laut Alexandra Kelly gibt es einen regelrechten patriarchalischen Pakt: «Manchmal berät die Polizei die Angreifer sogar, wie sie eine Anzeige vermeiden können, statt dass sie etwas unternimmt.»

Schwarze Frauen sind doppelt diskriminiert

«Es braucht Mut, in Honduras eine Frau zu sein», weiss die 30-Jährige aus eigener Erfahrung. Erst recht, wenn sie sich als Feministinnen organisieren und die Gewalt benennen, wie es das Frauenforum tut. Der Diskriminierungen sind viele: Frauen werden weniger und zu schlechteren Bedingungen angestellt, was ihre Abhängigkeit von (gewalttätigen) Partnern erhöht; Unterstützung für alleinerziehende Frauen gibt es keine. Die Rechte von Lesben und Transgenderfrauen werden nicht geschützt; so können Transpersonen ihren Namen im Personenregister nach wie vor nicht ändern. Gegen

ein geplantes Gesetz zur Verhinderung von Teenagerschwangerschaften legte Präsidentin Xiomara Castro persönlich ihr Veto ein. Denn Sexualität soll in den Schulen kein Thema sein. «Deshalb und weil viele Teenagerinnen sexuell ausgebeutet werden, sind frühe Schwangerschaften verbreitet», sagt Kelly.

Indigene und Schwarze Frauen werden zusätzlich diskriminiert. In Tela, ebenfalls im Norden des Landes, gibt es zum Beispiel keine Übersetzerinnen für die lokale Sprache Garifuna, was den Zugang zur Justiz erschwert. «Sie werden nicht nur vergewaltigt, weil sie Frauen sind, sondern auch ermordet, weil sie sich für den Schutz der natürlichen Ressourcen einsetzen – und oft sind sie innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft ebenfalls von Diskriminierung betroffen.»

Netzwerke der Befreiung

Das Frauenforum setzt auf die Stärkung von Frauenorganisationen, um genderspezifischer Gewalt entgegenzuwirken. «Dass viele Angestellte des öffentlichen Dienstes Teil eines Macho-Denkens sind, behindert die rechtlichen Prozesse», erzählt sie. So ist Unterstützung unerlässlich, damit Frauen die Täter anzeigen und diese strafrechtlich verfolgt werden. Das Frauenforum hat erreicht, dass auch in vernachlässigten Regionen und Bevölkerungsschichten Frauennetzwerke entstanden sind, die Frauen begleiten und die Gewaltvorfälle dokumentieren. «Unser Druck hat zu den wenigen existierenden Gesetzen und Politiken zugunsten von Frauen beigetragen», sagt Alexandra Kelly stolz. ●



Alexandra Kelly vom Foro de Mujeres por la Vida unterstützt Frauen dabei, Vergewaltiger anzuzeigen.

Hoffnung säen trotz Umweltverschmutzung

Bolivien hat die Ungleichheit reduziert, indem die Gewinne des auf Rohstoffen basierenden Wirtschaftswachstums für die Armutsbekämpfung eingesetzt wurden.

Text: Guimer Zambrana, Verantwortlicher Kommunikation in Bolivien

Victoria Soliz hätte ihr Dorf verlassen, hätte es nicht dieses Gerät gegeben, mit dem aus Nebel Wasser gewonnen werden kann. Denn zusätzlich zur Armut in ihrem Dorf machte der Wassermangel jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft für ihre Tochter zunichte.

Nicht nachhaltige Armutsbekämpfung

Wie Victoria leiden viele Bolivianer*innen unter dem Klimawandel und der Erosion. So hat das staatlich geförderte «sozial-gemeinschaftliche Produktionsmodell» der letzten 20 Jahre zwar erfolgreich die Armut bekämpft: Von 1999 bis 2017 ist die Mittelschicht von einem Viertel auf die Hälfte der Bevölkerung gewachsen. Und 2012 musste nur noch ein Viertel der Menschen mit weniger als vier Dollar pro Tag auskommen, während es im Jahr 2000 mehr als die Hälfte war. Doch dieser Erfolg basierte auf der Ausbeutung von Rohstoffen, was nicht nachhaltig ist und die Umwelt zerstört.

Einbruch des Subventionssystems

Dies zeigt sich am Einbruch im Erdgassektor: Weil sich die Vorkommen erschöpfen, sind die internationalen Währungsreserven von 15 Milliarden Dollar Ende 2014 auf 1,7 Milliarden Ende letzten Jahres abgesackt. Die Exporte nach Brasilien und Argentinien sanken um fast 60 Prozent und die Einnahmen wegen des Preiszerfalls sogar von 6 auf 1,8 Milliarden Dollar.

Dies brachte das seit 2006 aufgebaute Subventionssystem ins Wanken. Die Regierung sah sich gezwungen, die Preise hochwertigen Benzins zu li-



Juan Pablo Maldonado vor dem Messgerät, dank dem er sein Maisfeld punktgenau bewässern und seine Produktion steigern kann.

beralisieren, während sich an den Tankstellen für subventioniertes Benzin immer häufiger lange Schlangen bilden. Ausserdem hat die Dollarknappheit die Importe verteuert und den informellen Handel lahmgelegt, von dem grosse Teile der Bevölkerung in den bolivianischen Städten leben.

Hoffnungsvolle Initiativen

Auch der massive Einsatz von Agrochemikalien durch die industrielle Landwirtschaft im Tiefland hat gravierende Auswirkungen auf die Umwelt. Die Waldbrände der letzten Monate, die das ganze Land mit Rauch überzogen, sind grösstenteils das Ergebnis der Ausweitung von Sojaanbau und Rinderzucht. Sie verdrängen den Regenwald, der das klimatische Gleichgewicht garantierte. Auch bei der Gewinnung von Mineralien kommen Chemikalien zum Einsatz, die in vielen Flüssen alles Leben töten.

Hoffnung macht, dass Nichtregierungsorganisationen, Multi-Stakeholder-Initiativen, Frauen- und Jugendgruppen in bolivianischen Gemeinden daran arbeiten, konkrete Antworten auf diese Probleme zu finden. So konnte zum Beispiel Juan Pablo Maldonado aus Cochabamba sein Einkommen aus der Maisernte dank des Dialogs zwischen seiner Gewerkschaft, einer NGO und einem privaten Unternehmen um 20 Prozent steigern und muss weniger künstlich bewässern. Dies ist technologischen Innovationen zu verdanken, die mit Unterstützung von Solidar Suisse eingeführt wurden. Victoria Soliz wiederum freut sich über das Wasser von den Gemeinde-Nebelfängern: «Es ist sehr sauber. Das Pumpensystem hingegen liefert bei trockenem Wetter nur schmutziges Wasser. Hier gibt es viel Nebel, wir werden also von nun an gutes Wasser haben.» ●

Ungleichheit ist nicht Schicksal

Sabin Bieri erforscht die Ursachen von Ungleichheit. Wir wollten wissen, wie Ungleichheit Krisen befeuert und was wir dagegen tun können.

Interview: Katja Schurter, Redaktorin

Wie fördert Ungleichheit Krisen?

In ungleichen Gesellschaften ist es schlecht bestellt um Kriminalität, Gesundheit, Bildungserfolg. Wer oben steht, ist von Krisen weniger betroffen oder kann sich schützen. Reiche Bürger*innen können die Politik zu ihren Gunsten beeinflussen, was die Ungleichheit wiederum verstärkt.

Wer reich ist, verursacht mehr Emissionen. Von den Auswirkungen betroffen sind besonders die Armen.

Genau. Die Frage ist einerseits, ob westliche Länder eine historische Schuld und eine Kompensationspflicht haben. Zuverlässige Grundlagen für allfällige Kompensationsforderungen zu entwickeln, ist allerdings heikel. Andererseits müssen wir den CO₂-Ausstoss schneller senken, damit die Erderwärmung 1,5 Grad nicht überschreitet. Es ist zu einfach, auf Länder wie China und Indien mit ihren grossen Bevölkerungen und fossil betriebenen Industrien zu zeigen. Und es braucht Know-how- und Technologietransfer.

Nimmt die Ungleichheit zu?

Es gibt unterschiedliche Dynamiken. Global nimmt die Ungleichheit zwischen Superreichen, Mittelschicht und Armen zu. Zwischen den Ländern hat sie abgenommen. Am wenigsten Ungleichheit gibt es in skandinavischen Ländern, die politisch steuern: Wir haben es also in der Hand.

Realisieren wir das Ausmass der Krise?

Befragungen zeigen, dass die Menschen die Ungleichheit krass unterschätzen. Wenn das Ausmass nicht bewusst ist, gibt es auch keine Dringlichkeit für politisches Handeln.



Sabin Bieri

Co-Direktorin Centre for Development and Environment, Universität Bern

«Global nimmt die Ungleichheit zwischen Superreichen, Mittelschicht und Armen zu.»

Warum ist Ungleichheit gefährlich?

Sie spaltet die Gesellschaft. Wenn die Leute sich nicht mehr repräsentiert fühlen, drohen soziale Unruhen und Konflikte. Zukunftsfähige Entscheide werden blockiert und die Resilienz von Gesellschaften untergraben, was sie anfälliger macht für Krisen.

Was braucht es, um die Ungleichheit zu reduzieren?

Tatsächliche Chancengleichheit und soziale Auffangsysteme. Alle müssen ihre Grundbedürfnisse zu einem erschwinglichen Preis befriedigen können. Wenn du alle an die Startlinie

stellst, unabhängig von ihren körperlichen und mentalen Voraussetzungen, ist klar, wer gewinnt. Chancengleichheit wird nicht dadurch erreicht, dass alle dasselbe bekommen.

Kann Ungleichheit innerhalb des Kapitalismus aufgelöst werden?

Seine Schwachstellen sind Statuskonsum, fossilintensiver Lebensstil, scheinbar ungezügelter Märkte und Wachstumszwang. Es braucht Reformen.

Wie müssten diese aussehen?

Das Steuersystem muss so reformiert werden, dass Staaten und die Internationale Gemeinschaft wieder handlungsfähig werden. Es braucht eine andere Art von Steuern: auf Finanztransaktionen, Daten, Energie, KI, Erbschaften. Die Ideen sind da, wir müssen kluge und – da wird es eng – politisch durchsetzbare Umsetzungen entwickeln.

Ist Ungleichheit genderspezifisch?

Auch dieses Thema ruft nach einer Reform der kapitalistischen Rahmenbedingungen. Die weltweit meist von Frauen geleistete Care-Arbeit wird ausgeblendet – eine völlige Verzerrung der Realität und Ignoranz des grössten Schmiermittels für das kapitalistische System. Wir brauchen einen neuen Arbeitsbegriff.

Was können wir hier gegen die globale Ungleichheit tun?

Sicherheit über Solidarität zu stellen und gegeneinander auszuspielen – wie in der aktuellen Diskussion zur Aufstockung des Armeebudgets auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit –, ist kurzfristige Symbolpolitik. Krass ungleiche Lebenschancen lösen Konflikte aus, das wird in irgendeiner Form auf uns zurückschwappen. ●

Zu wenig Geld zum Leben

Eine Recherche von Solidar Suisse zeigt erstmals, wie hoch der Lohn auf Palmölplantagen im malaysischen Sabah sein muss, damit er zum Leben reicht.

Text: Christian Eckerlein, Verantwortlicher Kampagnen
Faire Arbeit Asien

Der globale Palmölabsatz steigt und steigt. Kaum von diesem Boom profitieren jedoch die Arbeiter*innen und ihre Familien auf den Plantagen. Zusammen mit einer lokalen Partnerorganisation hat Solidar Suisse recherchiert, welcher Lohn die Existenz von Palmölarbeiter*innen in Sabah sichern würde. Mit neun Prozent der weltweiten Produktion ist die Region ein Hotspot für Palmöl. Arbeitsmigrant*innen, vorwiegend aus Indonesien und den Philippinen, bilden das Rückgrat der malaysischen Palmölindustrie. Die meisten arbeiten ohne Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung, weshalb sie sich kaum für ihre Rechte wehren können. Dies zeigt sich auch an den Löhnen.

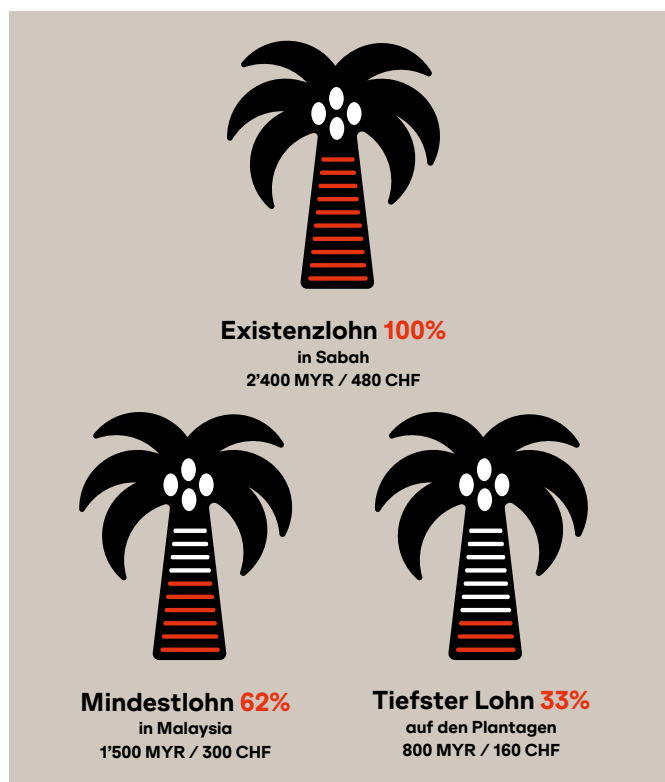
Erhöhte Lebenskosten für Arbeitsmigrant*innen

Um den Existenzlohn zu berechnen (siehe Kasten), führten wir Erhebungen auf drei Plantagen in Sabah durch. Dabei orientierten wir uns an der international anerkannten Anker-Methode. Es zeigte sich, dass Arbeitsmigrant*innen höhere Essenskosten haben: Aufgrund des Risikos, mit dem sie als Undokumentierte beim Verlassen der Plantage konfrontiert sind, versorgen sie sich vorwiegend in den Lebensmittelläden auf den Plantagen mit ihren überhöhten Preisen. Ausserdem fallen migrationsbedingte Kosten an, etwa für Pässe und Visa oder um den Kontakt mit der Familie in Indonesien zu halten.

Nur ein Drittel des Existenzlohns

So haben unsere Recherchen in den untersuchten Regionen einen Existenzlohn für Palmölarbeiter*innen von rund 2400 Ringgit (480 Franken) ergeben. Dies ist deutlich mehr als der malaysische Mindestlohn von derzeit 1500 Ringgit (300 Franken). Die tiefsten Löhne erreichen nur einen Drittel des Existenzlohns. Zudem sind für Arbeiten wie das Spraysen von Pestiziden, die vorwiegend von Frauen verrichtet werden, die Löhne deutlich tiefer als für «typische Männerarbeit» wie die Ernte. Auf der Plantage mit den tiefsten Löhnen erhielten Männer durchschnittlich 950 und Frauen 700 Ringgit pro Monat.

Ein Hauptgrund für die tiefen Löhne ist die Anstellung in Akkordarbeit. So hängt das Einkommen von Erntearbeiter*innen vom Preis pro Tonne ab, den die Plantagenbetreibenden festlegen. Bei Regen, wenn nicht geerntet werden



Existenzlohn

Ein Existenzlohn deckt mindestens folgende Grundbedürfnisse der Arbeitenden und ihrer Familien: Nahrung, Wohnen, Kleidung, Gesundheitskosten, Bildung, Transport, Kommunikation, Erholung, Kultur, Teilnahme am sozialen Leben und ein Betrag für Unvorhergesehenes und Notfälle.

kann, entfällt der Verdienst. Als Konsequenz mussten sich alle Befragten verschulden.

Die Verantwortung der Palmölindustrie

Die Mühlen, die von den untersuchten Plantagen beliefert werden, tauchen in der Lieferkette grosser Lebensmittelhersteller auf. Jahrelang hat die Palmölindustrie, insbesondere Unternehmen, die dem Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO) angehören, beteuert, Existenz sichernde Löhne bezahlen zu wollen. Trotz Ankündigungen führte der RSPO bis heute keine Studien dazu durch. Auch aus diesem Grund hat Solidar die Recherche durchgeführt. Es braucht jedoch weitere Untersuchungen in anderen Palmöl produzierenden Regionen.

Viele Firmen, die Palmöl aus Sabah beziehen, schreiben Jahr für Jahr Milliarden Gewinne. Sie stehen in der Verantwortung, den Arbeiter*innen, denen sie diese Gewinne verdanken, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. ●

Event: Just Transition in der Palmölindustrie

Vertreter*innen von Gewerkschaften, Umweltbewegungen und NGOs aus Indonesien, der Schweiz und Deutschland diskutieren über Allianzen für einen sozial gerechten Wandel zu einer ökologischeren Produktion im Palmölsektor und der Rolle der internationalen Solidarität (in Englisch).



3. Dezember, 17.30 Uhr, Unia, Weltpoststr. 20, Bern
solidar.ch/just-transition-event



Vernetzt gegen unfaire Arbeitsbedingungen

Astika Andriani fördert und vernetzt Selbstinitiativen von Arbeiter*innen in Südostasien.

Text: Katja Schurter, Redaktorin

«Arbeitsfragen haben mich schon immer interessiert. Ich bin in einem Quartier in Bandung aufgewachsen, das von Fabriken umgeben ist. Ich sah täglich Massen von Menschen die Fabriken verlassen, und es gab viele Streiks», erzählt Astika Andriani, die seit drei Jahren als Koordinatorin der Solidar-Plattform zur Organisation von Arbeiter*innen in Südostasien arbeitet. Als sie noch im Asian Monitor Research

Center forsteht, hatte sie bereits von Solidar gehört wegen unserer Unterstützung von undokumentierten Arbeitsmigrant*innen, die in Gefängnissen im malaysischen Sabah gefoltert wurden. «Es beeindruckte mich, was Solidar bewirkt hat.»

Nicht als Arbeiter*innen anerkannt
Ein Schwerpunkt der Plattform ist die Unterstützung von Gig-Workers. Sie

werden vom Staat nicht als Arbeiter*innen anerkannt und können deshalb keine Gewerkschaften gründen. So lancieren sie Initiativen, die ganz praktische Dinge organisieren wie Stopps, wo Kurier*innen Wasser trinken und sich ausruhen können, oder Crowdfunding für Kolleg*innen, die Unfälle hatten. «Kürzlich gelang es trotz allem, eine Gewerkschaft zu gründen», erzählt Astika Andriani. «Sie nennen sich einfach nicht Gig-Workers, sondern Zweirad-Transport-Gewerkschaft.»

Die 28-Jährige lebt heute noch im indonesischen Bandung. Nach einem Journalismus-Studium arbeitete sie nicht lange in dem Bereich: «Ich mochte die Medienindustrie nicht.» Lieber widmet sie ihr Leben dem Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, sei es bei Solidar oder als Aktivistin, wo sie sich an der Schnittstelle von Gender und Arbeit engagiert: gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Transphobie, für die Rechte von Textilarbeiterinnen und die Anerkennung von Care-Arbeit. «Wir haben eine Care-Krise», ist Astika Andriani überzeugt. «Ohne Care-Arbeit stünde die Welt still, trotzdem schätzen wir ihren Wert nicht. Die Ausgaben für soziale Sicherheit und den Service public werden gekürzt. Armut, Krankheiten, Verschuldung und das Auseinanderfallen von Gemeinschaften sind die Folgen. Und Ungleichheit steht im Zentrum dieser Krise.»

Kein sozialer Schutz

Die fehlende Anerkennung ist nicht nur bei der Organisation ein Problem. Von der Regierung als Freelancer*innen klassifiziert, fallen Gig-Workers nicht unter das Arbeitsgesetz und haben keinen Zugang zu Sozialversicherungen und Gesundheitsversorgung, auch Höchstarbeitszeiten und Mindestlöhne gelten für sie nicht. «Hausangestellte arbeiten häufig 24 Stunden ohne Pause durch», sagt Andriani. «In Indonesien kämpfen wir seit 20 Jahren für ein Gesetz für informell Beschäftigte. In letzter Zeit wurden ihre Organisationen zum ersten Mal zu Foren der Regierung eingeladen.» Das ist zwar ein Erfolg, gleichzeitig geht der Trend jedoch nicht in Richtung mehr Schutz. «Vielmehr werden Regulierungen geopfert, um mehr ökonomisches

Wachstum anzuziehen. Die Regierungen schwächen die Arbeitsgesetze, statt sie durchzusetzen.»

So müssen sich auch viele Gig-Arbeiter*innen verschulden. «Manche begehen deshalb sogar Selbstmord», weiss Andriani. «Und Frauen finden sich auf der untersten Stufe. Je schlechter die Bedingungen, desto mehr Frauen.» In Indonesien machen sie im informellen Sektor 64 Prozent aus.

Administrative Anforderungen überfordern Basisorganisationen

Eine Herausforderung ist für Andriani, dass die Solidar-Plattform in verschiedenen Ländern mit ganz unterschiedlichen Partnerorganisationen zusammenarbeitet, die sie mit dem Hauptgeldgeber USAid zusammenbringen muss. «Häufig sind die Forderungen der Geldgebenden nicht realistisch.

«In Indonesien kämpfen wir seit 20 Jahren für ein Gesetz für informelle Arbeiter*innen.»

Basisorganisationen können keine komplexen administrativen Anforderungen erfüllen. Gleichzeitig ist ihre Verwurzelung wichtig, damit die Projekte den Bedürfnissen der Arbeiter*innen entsprechen.» Es kommt vor, dass deshalb die Zusammenarbeit mit einer Partnerorganisation beendet wurde. Zum Beispiel wollten sich die Sexarbeiterinnen in Thailand lieber auf die Organisation konzentrieren. «Das ist verständlich, aber sehr schade, da sie wichtige Erfahrungen eingebracht haben.» Doch es gibt auch Erfolge, die ihr

Auftrieb geben. Zum Beispiel wenn Hausangestellte ein eigenes Trainingszentrum aufbauen, oder wenn Palmölarbeiter*innen Fotos von Pestiziden auf Instagram posten, damit alle wissen, was sie da verwenden und wie sie sich schützen können. «In Myanmar ist es sogar gelungen, dass die Arbeitgebenden monatelang zurückgehaltene Löhne endlich auszahlten, nachdem unsere Partnerorganisation den Arbeiter*innen empfohlen hatte, sich ans lokale Arbeitsamt zu wenden», freut sich Andriani. ●



Dominic Deville

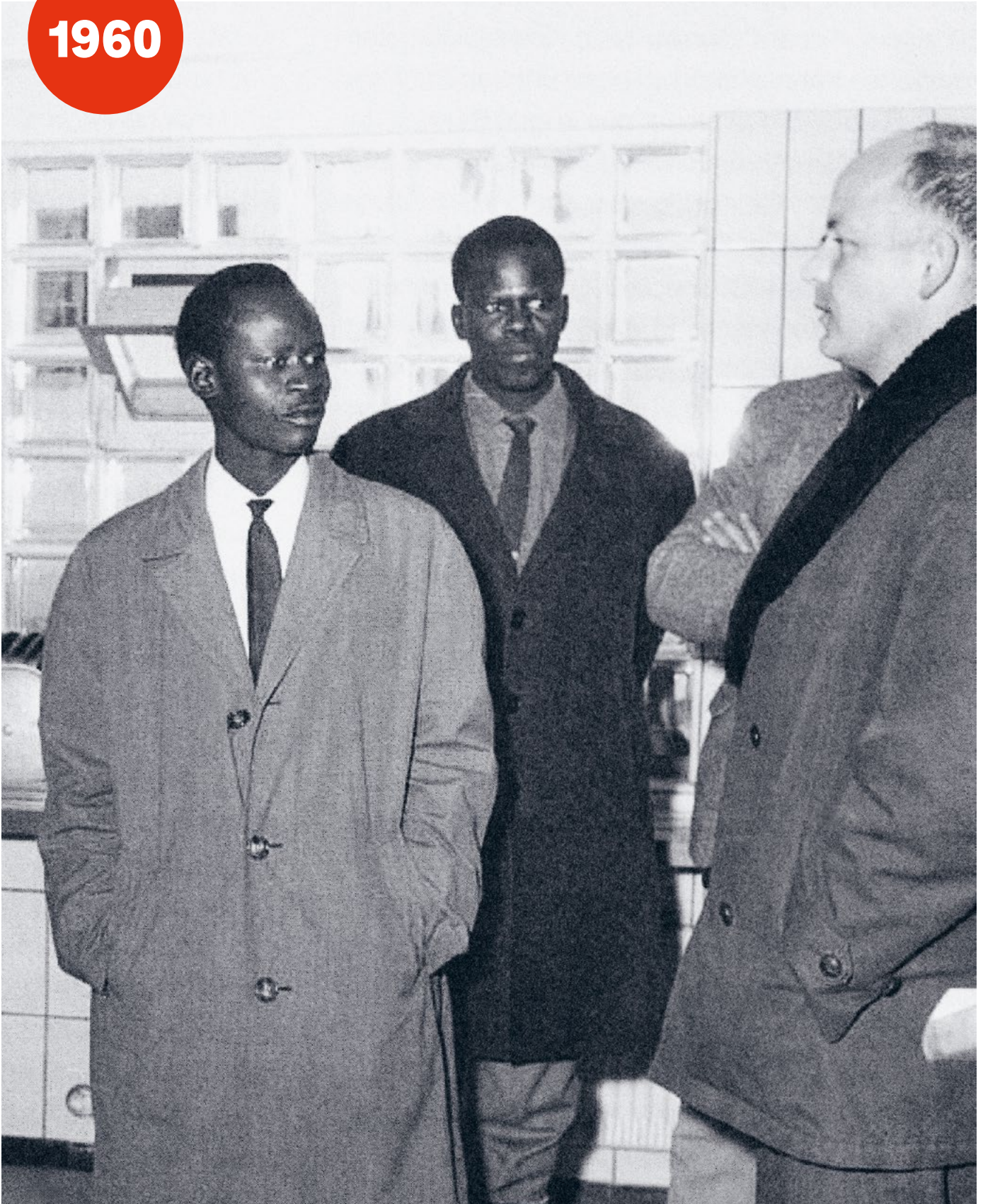
Der Satiriker, Schauspieler und Punkmusiker kommentiert in jeder zweiten Soli das Zeitgeschehen.

Ungleichheit Deluxe

Wussten Sie, dass in der Schweiz täglich rund 30 Millionär*innen sterben? Jetzt ist auch klar, warum es in der Zuger Innenstadt immer so ruhig ist. Trotzdem müssen wir hierzulande nicht um den Bestand des «Homo cum decies», des «gemeinen Millionärs», fürchten. Es ist weder nötig, Schwimmwesten an Champagnerbrunnen zu befestigen, noch müssen Fangzäune um Luxuskaufhäuser gezogen werden, damit diese, typischerweise in Fremdpelz oder Kaschmir gewickelte Spezies, nicht an der Bahnhofstrasse in Zürich doomscrollend unter das Tram gerät. 2020 schätzte die Credit Suisse, dass jede sechste Person in der Schweiz über mindestens eine Million Franken verfügt. Nun gut. 2020 schätzte die Credit Suisse sich selbst auch laut Medienmitteilung folgendermassen ein: «Wir verfolgen weiterhin einen ausgewogenen Ansatz hinsichtlich reifen Märkten, vertiefen und erweitern unser regional ausgerichtetes Vermögensverwaltungsmodell mit kontinuierlicher Nähe zu unseren Kunden.» Hahaha! Köstlich!

Aber es ist unbestreitbar: Die Schweiz und ihre Bewohner*innen strotzen nur so vor Finanzmitteln. Ob flüssig, an- oder eingelegt, in Immobilien, Gold oder Sammlungen obskurer Punkbands auf Vinyl (Looking at me!). Und auch wenn Sie, geschätzte*r Leser*in, weder in Kaschmir gehüllt sind noch über Goldbarren im Wandsafe hinter dem Rolf-Knie-Gemälde verfügen, besteht die nicht ganz unwahrscheinliche Chance, dass Sie zu den reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung gehören. Gratulation! Leider sind nun führende Ökonom*innen zum Schluss gekommen, dass die Welt sich eigentlich genau diese zehn Prozent (SIE! MICH! UNS!) nicht mehr leisten kann. 50 Prozent aller Emissionen gehen auf unsere Kappe. Daher seien Sie auf der Hut. Wir gehören definitiv nicht einer schützenswerten Art an. Damit aber, dass Sie spenden und die Soli lesen, beweisen Sie, dass Sie auf dem Weg zur Besserung sind. Danke dafür. Achten Sie daher bitte trotzdem beim Überqueren der Bahnhofstrasse auf das Tram!

1960

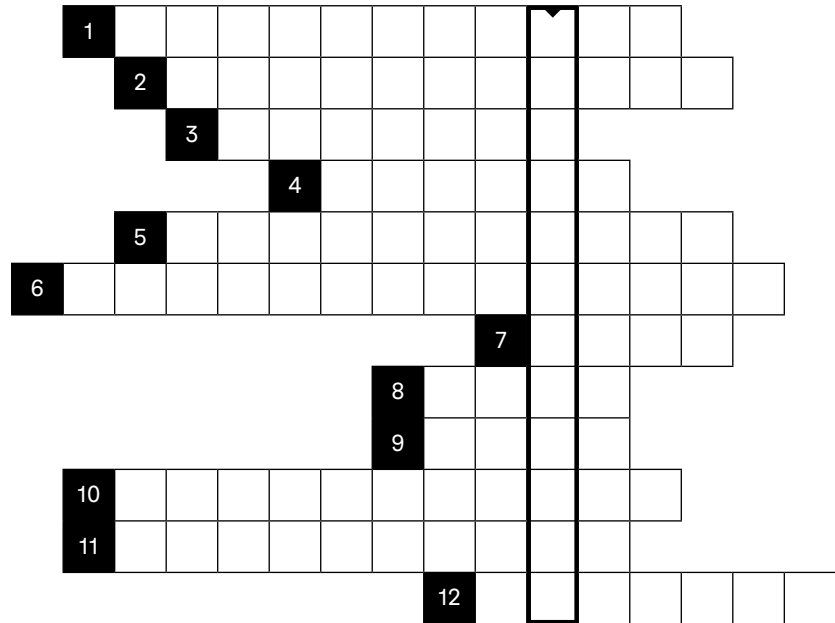


Kontinuierliche Partnerschaften

Vergleichsweise früh hat Solidar Suisse, damals noch unter dem Namen Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH, begonnen, nicht nur Hilfe zu leisten, sondern in den Schwerpunktländern mit Partnerorganisationen zusammenzuarbeiten. Das Bild zeigt den Besuch einer senegalesischen Delegation in einer Molkerei im bündnerischen Andiast im Jahr 1960.

Rätsel

Zu den Fragen finden sich Hinweise in den Texten dieser Soli.



Impressum

Herausgeberin

Solidar Suisse
 Quellenstrasse 31
 8005 Zürich
 Tel. 044 444 19 19
 kontakt@solidar.ch, solidar.ch
 IBAN CH67 0900 0000 8000 0188 1
 Mitglied des europäischen
 Netzwerks Solidar

Redaktion

Katja Schurter (verantwortliche
 Redaktorin), Christian von Allmen,
 Benjamin Gross, Sylvie Arnanda,
 Cyrill Rogger

Layout

notice.design

Übersetzungen

Katja Schurter, alingui

Korrektorat

Jeannine Horni, Valérie Knechciak

Druck und Versand

Mattenbach AG

Papier

Holmen TRND 2.0, ISO 14001
 und FSC zertifiziert

Auflage

37'000 (erscheint vierteljährlich)
 Der Abonnementspreis ist im
 Mitgliederbeitrag inbegriffen
 (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–,
 Organisationen mindestens Fr. 250.–
 pro Jahr).

Rückseite

Kämpfen Sie mit uns gegen Ungleich-
 heit. Visual: Spinas Civil Voices

- 1 Verstärkt in Burkina Faso die Ungleichheit.
- 2 Bedroht den Planeten.
- 3 Hilft gegen Ungleichheit.
- 4 Die grosse Mehrheit der Frauen ist davon betroffen; das wird aber nicht als Krise wahrgenommen.
- 5 Ist stark vom Klimawandel betroffen, hat aber kaum dazu beigetragen.
- 6 Braucht es, um dem Klimawandel zu begegnen.
- 7 Form der Arbeit, deren Wert und Bedeutung häufig unterschätzt wird.
- 8 So viel Prozent der Reichsten sind für mehr als die Hälfte der CO₂-Emissionen verantwortlich.
- 9 Sollte die Existenz der Arbeitenden sichern.
- 10 Braucht es, damit Menschen nicht ausgebeutet werden.
- 11 Wichtig, damit die Menschen ihre Anliegen einbringen können.
- 12 Richtig angewendet ein wirksames Umverteilungsinstrument.

1. Preis Eine Tasche mit dem neuen Solidar-Design

2. Preis Ein Solidar-T-Shirt

3. Preis Ein Solidar-Hut

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

Einsendeschluss ist der 15. Dezember 2024. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Soli 1/2025 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in Solidarität 3/2024 lautete «Kooperation». Constance Jeanjaquet aus Lausanne hat ein Kaffeeset aus der Türkei, Jürg Bosshardt aus Winterthur einen Glücksbringer aus der Türkei und Felicitas Mueller aus Zürich ein silbernes Buchzeichen aus Bolivien gewonnen.



Ihre Spende
 in guten Händen.

PRR

O

F

ITT

**Hun
ger
löh
ne**

**Bekämpfe die weltweite
Ungleichheit mit uns: solidar.ch**

**solidar
suisse**